



Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung
und Forschung WBF
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Per Mail: jerome.huegli@sbfi.admin.ch;
gaetan.lagger@sbfi.admin.ch

Bern, 16. Mai 2019

**Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung:
Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen bestens für die Gelegenheit, zu oben genannter Vernehmlassung Stellung nehmen zu können. Der Schweizerische Städteverband vertritt die Städte, städtischen Gemeinden und Agglomerationen in der Schweiz und damit gut drei Viertel der Schweizer Bevölkerung.

Der Städteverband stimmt der Vorlage grundsätzlich zu. Wir verzichten jedoch auf eine differenzierte Stellungnahme, da die städtische Bildungspolitik nur am Rande von den vorgesehenen Änderungen bezüglich internationaler Zusammenarbeit in den Bereichen «Kooperation von Institutionen und Organisationen im Bildungsbereich» und «Lernmobilität» betroffen ist.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Städteverband

Präsident

Kurt Fluri, Nationalrat
Stadtpräsident Solothurn

Direktorin

Renate Amstutz

Kopie Schweizerischer Gemeindeverband